

Fraktion DIE LINKE

TOP:

Lfd.Nr. 494/2009 KT

Antrag zur Kreistagsitzung

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend „Bundesfernstraße Krombach-Hattenbach (A 4) durch das Kreisgebiet“

Beschluss:

1. Der Kreistag fordert den Kreisausschuss auf, unverzüglich seine umfassende Stellungnahme zur Machbarkeitsstudie zum Bau einer Bundesfernstraße Krombach-Hattenbach (A4) dem Kreistag vorzulegen.
2. Der Kreistag fordert die zuständigen Planungsbehörden auf, den Planungskorridor für eine Bundesfernstraße Krombach-Hattenbach so einzuschränken, dass das Gebiet des Landkreises Marburg-Biedenkopf auf keinen Fall berührt wird. Der Kreistag fordert den Kreisausschuss auf, sich diesem Anliegen des Kreistages anzuschließen.

Begründung:

In seiner Sitzung am 14. September 2007 fasste der Kreistag auf Antrag der SPD-Fraktion einstimmig folgenden Beschluss:

Der Kreistag möge beschließen, dass der Kreisausschuss:

1. eine umfassende Stellungnahme zu der im Mai 2007 vorgelegten Machbarkeitsstudie zum Bau einer Bundesfernstraße (ehemals A 4) abgibt,
2. keine Mittel zur Finanzierung von Planungen, Studien oder Gutachten für den Bau der o. a. Bundesfernstraße zur Verfügung stellt,
3. dem Kreistag über alle dem Kreisausschuss bekannt werdenden Fakten zum Bau der o. a. Bundesfernstraße umgehend und ausführlich berichtet,
4. Bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE wurde Ziffer vier mit folgendem Wortlaut verabschiedet: dass der Kreisausschuss, die vom jeweiligen Trassenverlauf direkt oder indirekt tangierten Kommunen umfassend über die Machbarkeitsstudie informiert.

Nach Kenntnis der Fraktion DIE LINKE steht die umfassende Stellungnahme des Kreisausschusses bis heute aus. Auch die Umsetzung des Punktes vier erscheint zumindest zweifelhaft.

In der letzten Sitzung des Kreistages wurde bei den Anwesenden mit einer Broschüre für den Bau der „Entwicklungsumlauf“ von Krombach bis Hattenbach geworben. Der Kreistag sollte gegenüber den Befürwortern dieses Projektes klarstellen, dass der Kreistag des Landkreises Marburg-Biedenkopf dieses Projekt nicht unterstützt. Eine Einschränkung des Planungskorridors auf Gebiete außerhalb des Landkreises, ist ein eindeutiges Signal an die Befürworter. Zudem schreibt die Einschränkung des Planungskorridors lediglich die Aussage von PolitikerInnen und PlanerInnen fest, „wenn das Projekt überhaupt realisiert wird, dann nur im Nordkorridor“. Wenn dies zutrifft, steht einer Einschränkung des Planungskorridors nichts im Wege.

gez. Anna Hofmann gez. Heidi Boulnois gez. Ulrike Grünheid gez. Inge Sturm